



Auszug aus dem substanziellen Protokoll 74. Ratssitzung vom 13. Dezember 2023

2626. 2023/430

Weisung vom 13.09.2023:

**Finanzverwaltung, Budgetvorlage 2024 (Detailbudgets und Globalbudgets),
Kapitalaufnahmen 2024**

Die Budgetberatung wird fortgesetzt (vergleiche Sitzung Nr. 73, Beschluss-Nr. 2626/2023).

Beschlüsse:

Gemeinsame Behandlung der Anträge 014. und 015. (Postulat GR Nr. 2023/565)

Kommissionsmehrheit/-minderheit:

Florian Utz (SP): Am 7. Oktober 2023 kam es in Israel zu einem brutalen Terrorangriff durch die Hamas auf die Zivilbevölkerung. Im Nachgang kam es auf der Welt zu Angriffen auf jüdische Menschen, auch in Zürich. Das ist inakzeptabel und es ist unsere Aufgabe, den Antisemitismus zu verurteilen und zu bekämpfen. Das Postulat fordert, dass eine Stelle geschaffen wird, die Antisemitismus stärker bekämpft. Der Stadtrat zeigt sich kooperativ und hat ähnliche Absichten. Bei der Umsetzung sind wir einen Kompromiss bei der Stellenschaffung eingegangen. Die Mehrheit der Parteien, die das Postulat unterzeichnet haben, möchte eine Stelle schaffen, die die Bekämpfung des Antisemitismus zur Aufgabe hat. Die FDP und SVP möchten ergebnisoffen prüfen, ob eine separate Stelle nötig ist. Ich bin froh, geht es beim Kompromiss um das Mittel, nicht den Zweck.

Johann Widmer (SVP): Selbstverständlich ist Antisemitismus inakzeptabel. Wir möchten aber erst prüfen, ob eine Stelle notwendig ist, statt voreilig zu handeln. Nicht begrüssen würden wir eine Stelle im Gleichstellungsbüro.

Weitere Wortmeldungen:

Përparim Avdili (FDP): Für die FDP ist die Bekämpfung von Hass jeglicher Art ein zentrales Anliegen. Spätestens nach dem 7. Oktober 2023 ist der Antisemitismus in Zürich aufgeflammt. Klar wurde auch der Nachholbedarf in vielen Institutionen der Stadt, auch im Präsidialdepartement und in Organisationen, die von der Stadt unterstützt werden.



Das Schaffen einer neuen Stelle ist nicht Priorität. Zuerst sollte untersucht werden, welche bestehenden Stellen der Verwaltung Defizite aufweisen. Es gibt bereits Stellen der Stadt, die sich mit Rassismus und Gleichstellung befassen. Es gilt zu prüfen, wie Antisemitismus dort eingebunden werden kann. Dabei darf es für die FDP auch zu Auswechslungen beim Personal kommen, um sicherzustellen, dass die Aufgabe erfüllt wird. Wir lehnen den Antrag zur Stellenschaffung ab, das Postulat unterstützen wir natürlich.

Stefan Urech (SVP): *Wir stellten einen Textänderungsantrag, sind aber nicht damit durchgekommen. Eine zusätzliche Stelle zur Bekämpfung von Antisemitismus braucht es nicht, obwohl wir das Anliegen selbstverständlich teilen. Es gibt bereits viele Angebote zur Bekämpfung von Antisemitismus, zum Beispiel Likrad, wo jüdische Jugendliche in Schulen einen Dialog mit den Kindern suchen. Momentan werden sie nicht oft genutzt, aus Angst in der Bevölkerung oder an den Schulen. Was eine neue Stelle im Präsidialdepartement bringen soll, ist nicht klar. Die bestehenden Angebote sind viel effektiver. Andererseits möchte die linke Ratsseite nicht anerkennen, dass der Antisemitismus ein importiertes Problem ist. Ihr könnt den Antisemitismus nicht verurteilen und gleichzeitig Leute aufnehmen, die fundamental andere Wertvorstellungen haben.*

Marcel Tobler (SP): *Antisemitismus ist leider ein reales Problem, auch bei uns. Ich schildere einige Fälle, die sich nach dem 7. Oktober 2023 zugetragen haben: Ein Bekannter war auf dem Weg zu einer Kundgebung für die israelischen Geiseln. Er hatte ein Schild in der Hand, auf dem zu erkennen war, dass er sich für Israel ausspricht. Eine weisse Frau, etwa Mitte fünfzig, hat ihn auf Schweizerdeutsch mehrfach als «Scheissjude» beschimpft. Einem neunjährigen Jungen mit Kippa wurden in einer Stadtzürcher Schule von zwei älteren Schülern Fotos von Auschwitz gezeigt. Sie sagten ihm, es sei schade, dass er und seine Familie nicht von den Nazis vergast wurden. Das Vorurteil des Antisemitismus, Juden seien Feinde oder anders als wir, ist auch bei uns allgegenwärtig. Wir müssen das bekämpfen. Die beantragte Stelle ist ein kleiner Schritt, aber signalisiert der jüdischen Bevölkerung, dass sie in ihrem Kampf nicht allein ist.*

Anna-Béatrice Schmaltz (Grüne): *Wir setzen uns selbstverständlich für eine gewalt- und diskriminierungsfreie Gesellschaft für alle ein. Antisemitismus muss entschlossen bekämpft werden. Darum haben wir das Postulat miteingereicht und befürworten die Schaffung dieser Stelle. Antisemitismus ist ein gesamtgesellschaftliches Problem und muss gesamtgesellschaftlich angegangen werden.*

Ronny Siev (GLP): *Seit 2 000 Jahren sind jüdische Menschen eine vulnerable Minderheit. In den letzten Jahren ist der Antisemitismus stark angestiegen und die diesjährigen Vorfälle können wir nicht akzeptieren. Darum ist es mir wichtig, dass eine Stelle geschaffen wird. Ich verstehe die Bedenken von Stefan Urech (SVP). Die Angestellten müssen sich gut mit Antisemitismus auskennen. Die Leute, die im Gleichstellungsbüro arbeiten, sind keine Spezialisten in diesem Bereich. Ich hoffe, dass die Stelle zu mehr Akzeptanz und Verständnis beitragen kann. Bisher haben keine Stadt und kein Kanton etwas Vergleichbares getan. Zürich kann mit gutem Beispiel vorangehen.*



Namens des Stadtrats nimmt die Stadtpräsidentin Stellung.

STP Corine Mauch: *Nach dem schrecklichen Angriff der Hamas haben antisemitische Vorfälle in der Stadt Zürich, in unserer Region und in Europa stark zugenommen. Das beunruhigt uns sehr. Es ist für die ganze Gesellschaft wichtig, dass wir als Stadt Zürich für ein friedliches Zusammenleben, Toleranz, Demokratie und den Rechtsstaat eintreten. Wir tolerieren keinen Antisemitismus. Seit dem furchtbaren 7. Oktober 2023 ist die Stadtpolizei viel intensiver im Austausch mit jüdischen Einrichtungen und persönlich betroffenen Menschen. Der Stadtrat will, dass jüdische Menschen und alle Religionsgemeinschaften ihre Religion und Kultur in Zürich frei und sichtbar leben können. Neu unterstützen wir dafür zum Beispiel die Meldestelle für antisemitische Vorfälle, die der Schweizerische Israelitische Gemeindebund (SIG) betreibt. Die Stadtpolizei ermittelt in Bezug auf die jüngsten antisemitischen Straftaten und verfügt über einen speziellen Führungsstab im Zusammenhang mit den Ereignissen im Nahen Osten. Antisemitismus ist kein importiertes Problem. Bereits im 14. Jahrhundert wurde in Zürich eine ganze jüdische Gemeinde ausgelöscht und vertrieben. Die heutigen Vorfälle zeigen ausserdem, dass Antisemitismus mitten in unserer Gesellschaft stattfindet. Das Postulat will hier ansetzen. Wir wollen die Bekämpfung von antisemitischem Gedankengut stärken. Wir sind sehr gerne bereit, das Postulat entgegenzunehmen. Wir werden es in Zusammenarbeit mit den jüdischen Gemeinden und ihren Dachverbänden prüfen. Die Stelle werden wir nach der Prüfung zusammen mit den jüdischen Institutionen ausschreiben und besetzen. Wir haben eine Verpflichtung und wollen das Thema angehen.*

S. 142	15	PRÄSIDENTIALDEPARTEMENT				
	1506	Fachstelle für Gleichstellung				
	3010 00 000	Löhne des Verwaltungs- und Betriebspersonals				
			Verbesserung	Verschlechterung	Betrag	Stimmen
014.	Antrag Stadtrat				999 000 Minderheit	Johann Widmer (SVP) Referat
				100 000	1 099 000 Mehrheit	Präsidium Florian Utz (SP) Referat, Vizepräsidium Felix Moser (Grüne), Dr. Florian Blättler (SP), Markus Haselbach (Die Mitte), Tanja Maag Sturzenegger (AL), Tiba Ponnuthurai (SP), Sven Sobernheim (GLP), Barbara Wiesmann (SP)
						Enthaltung Përparim Avdili (FDP), Martin Bürki (FDP)
		Begründung:	Schaffung einer Stelle zur Bekämpfung von Antisemitismus			

Abstimmung gemäss Art. 62 Abs. 1 lit. a Gemeindeordnung (Ausgabenbremse) für den Antrag der Mehrheit:



Der Rat stimmt dem Antrag der Mehrheit mit 85 gegen 33 Stimmen (bei 0 Enthaltungen) zu. Somit ist das Quorum von 63 Stimmen für die Ausgabenbremse erreicht.

Antrag 016.

Kommissionsmehrheit/-minderheit:

Tiba Ponnuthurai (SP): Die SP-Fraktion beantragt zusätzliche Mittel in der Höhe von 25 000 Franken für die Fachstelle für Gleichstellung (ZFG). Seit der Volksabstimmung vom 24. September 1989, als die ZFG geschaffen wurde, hat sie sich zum Kompetenzzentrum und zur Anlaufstelle für die rechtliche und tatsächliche Gleichstellung von Frauen, Männern, lesbischen, schwulen, bisexuellen, trans und intergeschlechtlichen Menschen entwickelt. Voraussichtlich im nächsten Quartal wird der Gemeinderat ein Postulat überweisen, das eine Ausweitung des Mandats fordert. Es stützt sich auf Artikel 8, Absatz 2 der Bundesverfassung, der lautet: «Niemand darf diskriminiert werden, namentlich nicht wegen der Herkunft, der Rasse, des Geschlechts, des Alters, der Sprache, der sozialen Stellung, der Lebensform, der religiösen, weltanschaulichen oder politischen Überzeugung oder wegen einer körperlichen, geistigen oder psychischen Behinderung.» Die geforderte Ausweitung des Mandats wäre eine wichtige Veränderung für die Gleichstellungsbestrebungen in der Stadt Zürich. Da sich die Aufgaben stark vom jetzigen Auftrag unterscheiden, braucht die Fachstelle die zusätzlichen 25 000 Franken, um die Ausweitung sorgfältig prüfen zu können. Eine Mehrheit stimmt dem Antrag zu.

Markus Haselbach (Die Mitte): Das Bewusstsein für Gleichstellung ist in der Gesellschaft gestiegen, in vielen Bereichen ist sie heute Realität. Die ZFG braucht keine zusätzlichen Mittel, um ihre Aufgaben zu erfüllen. Die vorhandenen Mittel sollen auf Problembereiche konzentriert werden. Die Minderheit unterstützt den Antrag des Stadtrats.

Weitere Wortmeldungen:

Sven Sobernheim (GLP): Wir sind in der Kommissionsminderheit, können uns dem Referenten aber nicht anschliessen. Wir werden das Postulat unterstützen. Es ist ein Auftrag um zu prüfen, welche Ressourcen die Fachstelle zukünftig braucht. Ob es eine Stelle oder 25 000 Franken für externe Honorare sind, sehen wir dann.

Yasmine Bourgeois (FDP): Der städtischen Fachstelle für Gleichstellung werden konstant neue Gebiete zugewiesen, damit sie eine Daseinsberechtigung hat. Grundsätzlich findet die FDP-Fraktion das Anliegen richtig. Es macht keinen Sinn, nur eine ausgewählte Form von Diskriminierung oder Bevorzugung zu untersuchen. Es braucht dafür aber keine neue Stelle. Ich möchte darauf hinweisen, dass es bereits diverse Fachstellen und Anlaufstellen gibt, die sich mit genau diesen Fragen auseinandersetzen oder



Beratung anbieten: zum Beispiel die Zürcher Anlaufstelle für Rassismus, die Fachstelle Mobbing und Belästigung oder die Schlichtungsbehörde nach Gleichstellungsgesetz bei Diskriminierung am Arbeitsplatz. Es gibt Online-Beratungen bei Belästigung und diverse Leitfäden und Merkblätter zu sexueller und sexistischer Belästigung am Arbeitsplatz für Führungskräfte, Mitarbeiter und Lernende. Es gibt eine LGBTQ-Beratung. Die FDP findet das Ausweiten nicht falsch, möchte aber zuerst Doppelspurigkeiten ausschliessen.

Anna-Béatrice Schmaltz (Grüne): *Die Fachkompetenz der ZFG soll breit gedacht und gefördert werden. Es ist wichtig, dass Mehrfachdiskriminierungen einbezogen werden. In der Fachsprache heisst dieses Konzept Intersektionalität. Eine schwarze lesbische Frau erlebt spezifische Diskriminierungen nicht nur aufgrund ihrer sexuellen Orientierung und ihres Geschlechts, sondern weil sie auch von spezifischen Formen von Rassismus betroffen sein kann. Eine gesamtheitliche Betrachtung von einer Gleichstellungskompetenzstelle ist extrem wichtig, um diesen verschiedenen Lebensrealitäten gerecht zu werden und Formen von komplexer Diskriminierung zu verhindern. Es reicht nicht, wenn verschiedene Fachstellen bloss angegliedert sind. Ausserdem geht es nicht darum, eine zusätzliche Stelle zu schaffen, sondern darum zuerst Gelder zu sprechen.*

S. 142	15 1506 3132 00 000	PRÄSIDENTIALDEPARTEMENT Fachstelle für Gleichstellung Honorare externe Berater, Gutachter, Fachexperten usw.	Verbesserung	Verschlechterung	Betrag	Stimmen
016.	Antrag Stadtrat				48 000 Minderheit	Markus Haselbach (Die Mitte) Referat, Pärparim Avdili (FDP), Martin Bürki (FDP), Sven Sobernheim (GLP), Johann Widmer (SVP)
					25 000	73 000 Mehrheit Tiba Ponnuthurai (SP) Referat, Präsidium Florian Utz (SP), Vizepräsidium Felix Moser (Grüne), Dr. Florian Blättler (SP), Tanja Maag Sturzenegger (AL), Barbara Wiesmann (SP)
		Begründung:	Der erwartete Ausbau des Mandats um weitere Diskriminierungsformen (Postulat GR Nr. 2023/33) führt zu zusätzlichem Mittelbedarf.			

Abstimmung gemäss Art. 62 Abs. 1 lit. a Gemeindeordnung (Ausgabenbremse) für den Antrag der Mehrheit:

Der Rat stimmt dem Antrag der Mehrheit mit 63 gegen 59 Stimmen (bei 0 Enthaltungen) zu. Somit ist das Quorum von 63 Stimmen für die Ausgabenbremse erreicht.



Antrag 017.

Kommissionsminderheit/-mehrheit:

Yasmine Bourgeois (FDP): Für ein zeitgemässes Kulturangebot brauchen wir keine Fachexperten, sondern eine bessere Ausrichtung auf das Publikum. Dieses entscheidet, was es sich ansieht, unabhängig davon, was laut Experten zeitgemäss ist. Das beste Beispiel dafür ist das Schauspielhaus.

Sven Sobernheim (GLP): Die Handlungsachse 4 des Kulturleitbilds strebt eine zeitgemässe Förderung für ein zeitgemässes Kulturangebot an. Meine Vorrednerin hat den Begriff anscheinend falsch verstanden: Zeitgemässe Kultur bedeutet nicht den Zeitgeist treffend, sondern bezieht sich beispielsweise auf Nachhaltigkeit im Kulturbereich. Seitens Kulturinstitutionen ist der Wille da, nur das Wissen fehlt. Dafür ist das Geld in diesem Bereich. Dasselbe gilt für die Transformationsbeiträge.

S. 145	15	PRÄSIDIALDEPARTEMENT				
	1510	Kultur				
	3132 00 000	Honorare externe Berater, Gutachter, Fachexperten usw.				
		Verbesserung	Verschlechterung	Betrag		Stimmen
017.	Antrag Stadtrat			1 132 500	Mehrheit	Sven Sobernheim (GLP) Referat, Präsidium Florian Utz (SP), Vizepräsidium Felix Moser (Grüne), Dr. Florian Blättler (SP), Tanja Maag Sturzenegger (AL), Tiba Ponnuthurai (SP), Barbara Wiesmann (SP)
		200 000		932 500	Minderheit	Përparim Avdili (FDP) Referat, Martin Bürki (FDP), Markus Haselbach (Die Mitte), Johann Widmer (SVP)
		Begründung: Streichung der Erhöhung der Massnahmen für das Kulturleitbild				

Der Rat stimmt dem Antrag der Mehrheit mit 78 gegen 44 Stimmen (bei 0 Enthaltungen) zu.

Antrag 018.

Kommissionsminderheit/-mehrheit:

Yasmine Bourgeois (FDP): Theater brauchen keine teuren Transformationsprojekte. Sie wollen kreativ sein und Theater machen, nicht vorgeschrieben bekommen, wie sie



das tun sollen. Wohin Bevormundung führt, haben wir beim Schauspielhaus gesehen. Allfällige Auflagen können in einem Subventionsvertrag festgehalten werden. Wenn es mehr Aufwand für die Auflagen als für die Kunst selbst braucht, ist es nicht gut.

Sven Sobernheim (GLP): Der bürgerliche Kanton Zürich richtet in den nächsten drei Jahren jährlich eine Million Franken für genau solche Transformationsprozesse aus. Die Stadt muss dasselbe für ihre Kultur tun.

S. 146	15 1510 3631 00 406	PRÄSIDENTIALDEPARTEMENT Kultur Transform.projekte				
			Verbesserung	Verschlechterung	Betrag	Stimmen
018.	Antrag Stadtrat				500 000 Mehrheit	Sven Sobernheim (GLP) Referat, Präsidium Florian Utz (SP), Vizepräsidium Felix Moser (Grüne), Dr. Florian Blättler (SP), Tanja Maag Sturzenegger (AL), Tiba Ponnuthurai (SP), Barbara Wiesmann (SP)
			500 000		0 Minderheit	Pärparim Avdili (FDP) Referat, Martin Bürki (FDP), Markus Haselbach (Die Mitte), Johann Widmer (SVP)
			Begründung: Streichung der Transformationsprojekte des Kulturleitbilds			

Der Rat stimmt dem Antrag der Mehrheit mit 78 gegen 44 Stimmen (bei 0 Enthaltungen) zu.

Antrag 019.

Kommissionsminderheit/-mehrheit:

Samuel Balsiger (SVP): Das sogar Theater hat in der Vergangenheit ein Stück aufgeführt, das aus heutiger Sicht noch abstossender ist. Das Stück hat den Holocaust relativiert, indem es behauptete, die SVP wiederhole den Holocaust. Wir haben das damals mit einem Postulat thematisiert. Von der linken Ratsseite kam kein Aufschrei. Überlegen Sie sich den Sachverhalt noch einmal, nachdem wir ausführlich über Antisemitismus diskutiert haben. Wir beantragen eine Streichung der Beiträge für das Theater.

Markus Haselbach (Die Mitte): Die Betriebsbeiträge für das sogar Theater wurden mit der Vorlage «Konzeptförderung Tanz und Theater, Genehmigung sechsjährige Konzeptförderbeiträge 2024–2029» bewilligt. Die Beiträge sind gebunden und eine Kürzung ist



rechtlich nicht zulässig. Generell sehe ich keinen Grund, dem Theater Förderbeiträge zu entziehen. Die Kommissionsmehrheit unterstützt den Antrag des Stadtrats.

S. 147	15 1510 3635 00 498	PRÄSIDENTIALDEPARTEMENT Kultur Sogar Theater: Konzeptförderung Betriebsbeiträge				
		Verbesserung	Verschlechterung	Betrag		Stimmen
019.	Antrag Stadtrat			368 100	Mehrheit	Markus Haselbach (Die Mitte) Referat, Präsidium Florian Utz (SP), Vizepräsidium Felix Moser (Grüne), Pärparim Avdili (FDP), Dr. Florian Blättler (SP), Martin Bürki (FDP), Tanja Maag Sturzenegger (AL), Tiba Ponnuthurai (SP), Sven Sobernheim (GLP), Barbara Wiesmann (SP)
			368 100	0	Minderheit	Johann Widmer (SVP) Referat
		Begründung: Solche Theater brauchen wir nicht; keine Hobbys der Stadtregierung				

Der Rat stimmt dem Antrag der Mehrheit mit 107 gegen 13 Stimmen (bei 0 Enthaltungen) zu.

Gemeinsame Behandlung der Anträge 020. bis 022.

Kommissionsminderheit/-mehrheit:

Flurin Capaul (FDP): Die Abfederungsbeiträge für das Theater Stok und Keller 62 sollen sofort ausbezahlt werden. Die Diskussion erfolgt, wenn das Postulat behandelt wird.

Markus Haselbach (Die Mitte): Die Abfederungsbeiträge sind folgendermassen budgetiert: Auf dem Konto 3635 00 870 ein Betriebsbeitrag von 58 500 Franken für das Theater Stok, auf einem weiteren Konto der Mieterlass von 60 800 Franken für das Theater Stok, auf einem dritten Konto ein Betriebsbeitrag von 75 000 Franken für das Theater Keller 62. Sie sind für zwei Jahre vorgesehen, also die Jahre 2024 und 2025. Zu dem Thema sind zwei Postulate hängig. Wir finden, dass diese vor jeglicher Veränderung der Auszahlung besprochen werden sollten und unterstützen den Antrag des Stadtrats.



S. 147	15 1510 3635 00 870	PRÄSIDENTIALDEPARTEMENT Kultur Übrige private Unternehmungen: Abfederungsbeiträge	Verbesserung	Verschlechterung	Betrag	Stimmen
020.	Antrag Stadtrat				75 000 Mehrheit	Markus Haselbach (Die Mitte) Referat, Präsidium Florian Utz (SP), Dr. Florian Blättler (SP), Tiba Ponnuthurai (SP), Johann Widmer (SVP), Barbara Wiesmann (SP)
				75 000	150 000 Minderheit	Pärparim Avdili (FDP) Referat, Vizepräsidium Felix Moser (Grüne), Martin Bürki (FDP), Tanja Maag Sturzenegger (AL), Sven Sobernheim (GLP)
		Begründung: Sofortige und vollständige Auszahlung der Abfederungsbeiträge an die nicht berücksichtigten Institutionen im Rahmen der Konzeptförderung Tanz und Theater (gemäss Postulat GR Nr. 2023/395); Budget für die Umsetzung				

Abstimmung gemäss Art. 62 Abs. 1 lit. a Gemeindeordnung (Ausgabenbremse) für den Antrag der Minderheit:

Der Rat stimmt dem Antrag der Minderheit mit 61 gegen 58 Stimmen (bei 0 Enthaltungen) zu. Der Antrag scheitert jedoch am Quorum von 63 Stimmen für die Ausgabenbremse.

Aufgrund der Zustimmung des Rats zum Ordnungsantrag von Michael Schmid (FDP) (siehe nach Abstimmung zu Antrag 022.) wird die Abstimmung wiederholt:

Der Rat stimmt dem Antrag der Minderheit mit 63 gegen 59 Stimmen (bei 0 Enthaltungen) zu. Somit ist das Quorum von 63 Stimmen für die Ausgabenbremse erreicht.



Antrag 021.

Wortmeldungen siehe Antrag 020.

S. 150	15	PRÄSIDENTIALDEPARTEMENT				
	1510	Kultur				
	3636 00 870	Übrige private Organisationen ohne Erwerbszweck: Abfederungsbeiträge				
		Verbesserung	Verschlechterung	Betrag		Stimmen
021.	Antrag Stadtrat			58 500	Mehrheit	Markus Haselbach (Die Mitte) Referat, Präsidium Florian Utz (SP), Dr. Florian Blättler (SP), Tiba Ponnuthurai (SP), Johann Widmer (SVP), Barbara Wiesmann (SP)
			58 500	117 000	Minderheit	Pärparim Avdili (FDP) Referat, Vizepräsidium Felix Moser (Grüne), Martin Bürki (FDP), Tanja Maag Sturzenegger (AL), Sven Sobernheim (GLP)
		Begründung:	Sofortige und vollständige Auszahlung der Abfederungsbeiträge an die nicht berücksichtigten Institutionen im Rahmen der Konzeptförderung Tanz und Theater (gemäss Postulat GR Nr. 2023/395); Budget für die Umsetzung			

Abstimmung gemäss Art. 62 Abs. 1 lit. a Gemeindeordnung (Ausgabenbremse) für den Antrag der Minderheit:

Der Rat stimmt dem Antrag der Minderheit mit 62 gegen 58 Stimmen (bei 0 Enthaltungen) zu. Der Antrag scheitert jedoch am Quorum von 63 Stimmen für die Ausgabenbremse.

Aufgrund der Zustimmung des Rats zum Ordnungsantrag von Michael Schmid (FDP) (siehe nach Abstimmung zu Antrag 022.) wird die Abstimmung wiederholt:

Der Rat stimmt dem Antrag der Minderheit mit 63 gegen 59 Stimmen (bei 0 Enthaltungen) zu. Somit ist das Quorum von 63 Stimmen für die Ausgabenbremse erreicht.



Antrag 022.

Wortmeldungen siehe Antrag 020.

S. 150	15 1510 3636 00 871	PRÄSIDENTIALDEPARTEMENT Kultur Übrige private Organisationen ohne Erwerbszweck: Abfederungsbeiträge Mietkosten				
			Verbesserung	Verschlechterung	Betrag	Stimmen
022.	Antrag Stadtrat				60 800	Mehrheit
				60 800	121 600	Minderheit
			Begründung: Sofortige und vollständige Auszahlung der Abfederungsbeiträge an die nicht berücksichtigten Institutionen im Rahmen der Konzeptförderung Tanz und Theater (gemäss Postulat GR Nr. 2023/395); Budget für die Umsetzung			

Abstimmung gemäss Art. 62 Abs. 1 lit. a Gemeindeordnung (Ausgabenbremse) für den Antrag der Minderheit:

Der Rat stimmt dem Antrag der Minderheit mit 63 gegen 58 Stimmen (bei 0 Enthaltungen) zu. Somit ist das Quorum von 63 Stimmen für die Ausgabenbremse erreicht.

Michael Schmid (FDP) stellt den Ordnungsantrag auf Wiederholung der Abstimmungen zu den Anträgen 020. und 021.

Der Rat stimmt dem Ordnungsantrag von Michael Schmid (FDP) stillschweigend zu.

Damit werden die Abstimmungen zu den Anträgen 021. und 022. wiederholt.



Antrag 023.

Kommissionsmehrheit/-minderheit:

Urs Riklin (Grüne): Der Gemeinderat hat dem Zurich Film Festival am 8. Februar 2023 statt 100 000 Franken 150 000 Franken zugesprochen. Daraufhin hat die AL ein Postulat eingereicht, das für die Förderung der Filmkultur, insbesondere der kleinen, unabhängigen Filmfestivals einen ähnlich grossen Betrag fordert. Im Budget wurden vom Präsidialdepartement für das Jahr 2024 aus Versehen nur 100 000 Franken eingetragen. Wir beantragen eine Erhöhung um 50 000 Franken, damit die Beträge übereinstimmen.

Markus Haselbach (Die Mitte): Der Ressortkredit betrug im Budget des Jahres 2022 110 000 Franken, im Budget des Jahres 2023 210 000 Franken. Die Kommissionsminderheit ist der Meinung, dass das genügt und unterstützt den Stadtrat.

S. 150	15	PRÄSIDIALDEPARTEMENT				
	1510	Kultur				
	3636 00 898	Übrige Betriebsbeiträge an private Organisationen ohne Erwerbszweck				
		Verbesserung	Verschlechterung	Betrag	Stimmen	
023.	Antrag Stadtrat			3 554 800	Minderheit	Markus Haselbach (Die Mitte) Referat, Pärparim Avdili (FDP), Martin Bürki (FDP), Johann Widmer (SVP)
			50 000	3 604 800	Mehrheit	Vizepräsidium Felix Moser (Grüne) Referat, Präsidium Florian Utz (SP), Dr. Florian Blättler (SP), Tanja Maag Sturzenegger (AL), Tiba Ponnuthurai (SP), Sven Sobernheim (GLP), Barbara Wiesmann (SP)
		Begründung:	Erhöhung des Ressortkredits zur Vermittlung der Filmkultur von Fr. 100 000 auf Fr. 150 000 (gemäss Postulat GR Nr. 2022/624)			

Abstimmung gemäss Art. 62 Abs. 1 lit. a Gemeindeordnung (Ausgabenbremse) für den Antrag der Mehrheit:

Der Rat stimmt dem Antrag der Mehrheit mit 78 gegen 44 Stimmen (bei 0 Enthaltungen) zu. Somit ist das Quorum von 63 Stimmen für die Ausgabenbremse erreicht.



Antrag 024.

Kommissionsmehrheit/-Minderheit:

Dr. David Garcia Nuñez (AL): Das Art Dock Zürich ist die Arche Noah der Zürcher Kunstszene. In einer Stadt, die sich kaum für die hiesige Bildhauereikunst interessiert, ist das Art Dock Zürich jener Ort, wo die Werke von vielen zu Unrecht nichtbeachteten Künstler*innen oder Outsider*innen gesammelt, gezeigt und verkauft werden. Es bietet auch eine Plattform für die Kunstvisionen der Zukunft. Was heute verspottet wird, gilt morgen als bahnbrechende Entdeckung. Es ist uns wichtig, dass das Art Dock Zürich als Outsider- und Volkskunstinstitution eine städtische Unterstützung bekommt, um seine Grundbedürfnisse zu decken. Ansonsten besteht die Gefahr, dass die Kunstarche im Schatten des Kunsthauses und anderer etablierter Institutionen verschwindet. Im Art Dock Zürich steckt viel Potenzial. Damit etwas entstehen kann, müssen aber erst die Heiz- und Personalkosten sowie sonstigen Rechnungen bezahlt werden können. Dafür ist das Art Dock dringend auf die beantragten 100 000 Franken angewiesen.

Martin Bürki (FDP): Wir vertrauen darauf, dass der Stadtrat das Angebot des Art Dock Zürich genau analysiert hat. Wir sehen nicht ein, wieso der budgetierte Betrag erhöht werden soll und schliessen uns dem Stadtrat an.

Weitere Wortmeldung:

Markus Haselbach (Die Mitte): Die Die Mitte/EVP-Fraktion wechselt von der Enthaltung in die Kommissionsminderheit.

S. 150	15 1510 3636 00 898	PRÄSIDENTIALDEPARTEMENT Kultur Übrige Betriebsbeiträge an private Organisationen ohne Erwerbszweck				
			Verbesserung	Verschlechterung	Betrag	Stimmen
024.	Antrag Stadtrat				3 554 800	Minderheit
				100 000	3 654 800	Mehrheit
						Enthaltung
						Markus Haselbach (Die Mitte)
			Begründung:	Unterstützungsbeitrag Art Dock (Zwischennutzung Güterbahnhof)		



Abstimmung gemäss Art. 62 Abs. 1 lit. a Gemeindeordnung (Ausgabenbremse) für den Antrag der Mehrheit:

Der Rat stimmt dem Antrag der Mehrheit mit 78 gegen 44 Stimmen (bei 0 Enthaltungen) zu. Somit ist das Quorum von 63 Stimmen für die Ausgabenbremse erreicht.

Antrag 025.

Kommissionsmehrheit/-minderheiten:

Tanja Maag Sturzenegger (AL): Das neue Kulturleitbild beschreibt, dass die Pandemie die prekäre Lage von Kulturschaffenden offensichtlich gemacht habe. Die Stadt sieht sich in der Verantwortung, Gegensteuer zu leisten. Dazu gehört das Schaffen und Erhalten von bezahlbaren Räumlichkeiten. Laut Handlungsachse 3 des Kulturleitbilds ist der Bedarf an Probe-, Präsentations- und Aufführungsräumen für bildende Künstler*innen und Musikschafter besonders ausgeprägt. Sowohl der Mangel an bezahlbaren Räumen im Zentrum als auch eine ungleiche Raumverteilung zwischen Zentrum und Aussenquartieren wird sich aufgrund von steigenden Mieten und befristeten Mietverträgen weiter verschärfen. Die 550 000 Franken setzen sich aus 350 000 Franken für zusätzliche Ateliers und Proberäume und 200 000 Franken für den Wegfall von Mitteln, die durch die Zwischennutzung Flüelastrasse hineinkamen, zusammen. Aktuell sind in der Dienstabteilung Kultur 40 subventionierte Ateliers angesiedelt, in der Roten Fabrik, auf der Werdinsel und im Mediacampus. Der Mietansatz entspricht durchschnittlich 250 Franken pro Quadratmeter pro Jahr. Mit dem geplanten Betrag des Stadtrats könnten 2 200 weitere Quadratmeter hinzugemietet werden. Ausgehend von einer Raumgrösse von 50 Quadratmetern könnten mit dem Geld 44 weitere Räume gemietet werden. Unser Antrag ermöglicht mehr Spielraum bei der Akquise und der Vermietung zu subventionierten Konditionen, was dem grossen städtischen Bedarf eher gerecht wird.

Dr. Ann-Catherine Nabholz (GLP): Mit unserem Antrag streben wir eine moderate Erhöhung um 150 000 Franken und eine Verlagerung des Schwerpunkts an. Wir möchten den Mangel an Probe- und Aufführerräumen angehen. Momentan gibt es 40 subventionierte Ateliers, die je 90 Franken kosten. Das ist vertretbar. Das Kulturleitbild sieht vor, dass in den nächsten Jahren die Beträge erhöht werden und eine Raumbedarfstrategie entwickelt wird. Die Räume dürften trotz Investitionen der Stadt nicht leicht zu finden sein. Wir sind der Meinung, dass dem Verschwinden von Räumen für Aufführungen zu wenig Aufmerksamkeit geschenkt wird. Unser Antrag sieht eine massvolle Erhöhung der Mittel vor, um diesem vernachlässigten Problem zielgerichtet entgegenzuwirken.

Markus Haselbach (Die Mitte): Laut Antworten auf die Fragen der Kommission ist die effektive Höhe der erforderlichen Beträge von den verfügbaren Objekten und den jeweiligen Konditionen abhängig. Es ist davon auszugehen, dass bei zusätzlichem Bedarf ein



Nachtragskredit und bei Nichtausschöpfung eine Differenzbegründung nötig wird. Wir glauben, dass der Stadtrat gut einschätzen kann, wie viel Geld im nächsten Jahr auf diesem Konto gebraucht wird. Wir wollen den Betrag deshalb nicht verändern.

S. 150	15	PRÄSIDENTIALDEPARTEMENT				
	1510	Kultur				
	3637 00 497	Ateliers und Proberäume: Mietkosten				
		Verbesserung	Verschlechterung	Betrag		Stimmen
025.	Antrag Stadtrat			550 000	Minderheit 1	Markus Haselbach (Die Mitte) Referat, Pärparim Avdili (FDP), Martin Bürki (FDP), Johann Widmer (SVP)
			350 000	900 000	Mehrheit	Tanja Maag Sturzenegger (AL) Referat, Präsidium Florian Utz (SP), Vizepräsidium Felix Moser (Grüne), Dr. Florian Blättler (SP), Tiba Ponnuthurai (SP), Barbara Wiesmann (SP)
			150 000	700 000	Minderheit 2	Sven Sobernheim (GLP) Referat
		Begründung:	<p>Mehrheit: Das Kulturleitbild 2024–2027 sagt aus, dass sich durch steigende Mietkosten die ohnehin schon prekäre Raumsituation für Kunstschaffende verschärft. Die Erhöhung des budgetierten Betrags um rund zwei Drittel soll Möglichkeiten schaffen, die quantitativen Bestrebungen zu verstärken oder Subventionen, die nahe der Obergrenze von Fr. 100 / m² pro Jahr sind, zu erhöhen.</p> <p>Minderheit 2: Die Erhöhung des Betrags soll die Möglichkeit schaffen, neue Räumlichkeiten zu schaffen, welche Nachwuchsbands zum Proben und als Auftrittsräume zur Verfügung stehen.</p>			

Abstimmung gemäss Art. 209 GeschO GR (gleichgeordnete Anträge) und gemäss Art. 62 Abs. 1 lit. a Gemeindeordnung (Ausgabenbremse) für den Antrag der Mehrheit und den Antrag der Minderheit 2:

Antrag Stadtrat / Minderheit 1	(550 000)	44 Stimmen
Antrag Mehrheit	(900 000)	63 Stimmen
Antrag Minderheit 2	(700 000)	<u>15 Stimmen</u>
Total		122 Stimmen
= absolutes Mehr		62 Stimmen



Damit ist dem Antrag der Mehrheit zugestimmt, womit das Quorum von 63 Stimmen für die Ausgabenbremse erreicht ist.

FINANZDEPARTEMENT

Antrag 026.

Kommissionsminderheit/-mehrheit:

Hans Dellenbach (FDP): Die städtische Wohnbaupolitik kostet den Steuerzahler Hunderte von Millionen Franken. Der Auftrag der Stiftung PWG zur Erhaltung von preisgünstigen Wohn- und Gewerberäumen der Stadt Zürich (PWG) ist klar: Wohnungen kaufen und sie zur Kostenmiete anbieten. Mit dem Gewinn sollen weitere Wohnungen gekauft werden. Im Fall der PWG gibt es keinen Grund, weiter gratis Geld zu sprechen. Das kurzelt bloss die Nachfrage an, die im Vergleich zum Angebot schon viel zu hoch ist. Hier geht es um eine Verlustmiete. Den Verlust trägt die Allgemeinheit, der Gewinn kommt einem Einzelnen zugute, der günstig wohnen darf. Auch stellt sich die Frage, wieso pro Wohnung 100 000 bis 150 000 Franken ausgegeben werden müssen. So hoch waren die Abschreibungsbeiträge in den letzten Jahren. Diese unfaire Praxis schafft eine Zweiklassengesellschaft, die nur den gut Vernetzten zugute kommt.

Barbara Wiesmann (SP): Die Kommissionsmehrheit ist der Meinung, dass Volkssentscheide respektiert werden müssen. Die Abschreibungsbeiträge der PWG wurden seit dem Jahr 1990 vom Volk angenommen und über weitere Beschlüsse des Gemeinderats auf 5 Millionen Franken limitiert. Um das Drittelsziel zu erreichen, dem 75 Prozent der Stimmberechtigten zugestimmt haben, sind Abschreibungsbeiträge ein wichtiges Mittel. Die Stiftung PWG ist eine wichtige Spielerin beim gemeinnützigen Wohnraum und seit Jahren auf Wachstumskurs. Auch dieses Jahr konnten Liegenschaften gekauft werden. Das muss unbedingt weitergehen. Darum lehnt die Kommissionsmehrheit den Antrag ab.



S. 172	20 2000 563108 5640 00 000	FINANZDEPARTEMENT Finanzdepartement Departementssekretariat Abschreibungsbeiträge an Stiftung zur Erhaltung von preisgünstigen Wohn- und Gewerberäumen der Stadt Zürich für den Kauf von Liegenschaften Investitionsbeiträge an öffentliche Unternehmungen				
			Verbesserung	Verschlechterung	Betrag	Stimmen
026.	Antrag Stadtrat				5 000 000 Mehrheit	Barbara Wiesmann (SP) Referat, Präsidium Florian Utz (SP), Vizepräsidium Felix Moser (Grüne), Dr. Florian Blättler (SP), Markus Haselbach (Die Mitte), Tanja Maag Sturzenegger (AL), Tiba Ponnuthurai (SP), Sven Sobernheim (GLP)
			5 000 000		0 Minderheit	Pärparim Avdili (FDP) Referat, Martin Bürki (FDP), Johann Widmer (SVP)
		Begründung:	Die Stiftung PWG verfügt über genügend Kapital und Finanzierungsmöglichkeiten, um das Geschäft selbständig weiter zu treiben; keine weitere Zementierung einer Zweiklassengesellschaft			

Ausstand: Reto Brüesch (SVP)

Der Rat stimmt dem Antrag der Mehrheit mit 82 gegen 32 Stimmen (bei 0 Enthaltungen) zu.

Gemeinsame Behandlung der Anträge 027. bis 029.

Kommissionsminderheit/-mehrheit:

Hans Dellenbach (FDP): Es gelten dieselben Argumente wie zuvor. Der Allgemeinheit wird Geld weggenommen, um wenigen Unbekannten Geschenke zu machen. Eine Glücks-Zweiklassengesellschaft ist ungerecht. Bei diesen Anträgen kommt ein weiteres Element dazu. Im Jahr 2021 haben wir in der Budgetdebatte zum ersten Mal über die Abschreibungsbeiträge für die betroffenen Stiftungen gesprochen. Die linke Ratsseite hat uns damals vorgegaukelt, es handle sich um einmalige Ausgaben von zweimal 2 Millionen Franken. Im Jahr 2022 hat nur eine Stiftung das Geld in Anspruch genommen. Trotzdem haben die Linken im Budget 2023 noch mehr Geld gesprochen. Das Geld kann nicht einfach ausgegeben werden, da es wiederkehrend ist. Dazu braucht es zusätzlich einen Verpflichtungskredit, der im Moment in der Kommission hängig ist. Keine der Stiftungen konnte das Geld beziehen, sogar wenn Bedarf dagewesen wäre. Für das Jahr 2024 stehen mit dem Wohnraumfonds bereits riesige Beiträge zur Verfügung. Es ist verschwenderisch, die Geldbeträge auf 12 Millionen Franken zu erhöhen.



Barbara Wiesmann (SP): Die Kommissionmehrheit lehnt die drei Anträge ab. Einerseits wird das Thema aktuell in der Weisung GR Nr. 2023/458 in der Finanzkommission beraten. Andererseits braucht es die Abschreibungsbeiträge mindestens so lange, wie es den Wohnraumfonds noch nicht gibt, damit die Stiftungen mehr günstigen Wohnraum bereitstellen können und wir dem Drittelsziel näherkommen.

Weitere Wortmeldungen:

Sven Sobernheim (GLP): Im Gegensatz zum Referenten der Kommissionminderheit verletze ich das Kommissiongeheimnis nicht. Wir bleiben in der Enthaltung, da dies eine hängige Weisung ist und die Debatte darum absurd ist.

Florian Utz (SP): Die Stiftung PWG zur Erhaltung von preisgünstigen Wohn- und Gewerberäumen der Stadt Zürich (PWG) sieht für Wohnungen mit Abschreibungsbeiträgen Vermögens- und Einkommenslimiten vor. Ungerecht ist die Praxis bei der PWG also nicht. Wir haben damals nicht versprochen, dass die Abschreibungsbeträge einmalig sind. Die Bevölkerung möchte das Gegenteil, und wir Sozialdemokraten stehen zum Volkswillen. Auch die Stiftung Alterswohnungen der Stadt Zürich hätte das Geld für ein Projekt genutzt. Leider ist es im letzten Moment gescheitert. Bedarf besteht aber durchaus.

S. 173	20 2000 563112 5640 00 000	FINANZDEPARTEMENT Finanzdepartement Departementssekretariat Abschreibungsbeiträge an Stiftung Wohnungen für kinderreiche Familien für den Kauf von Liegenschaften Investitionsbeiträge an öffentliche Unternehmungen				
			Verbesserung	Verschlechterung	Betrag	Stimmen
027.	Antrag Stadtrat				2 000 000 Mehrheit 2 000 000 N	Barbara Wiesmann (SP) Referat, Präsidium Florian Utz (SP), Vizepräsidium Felix Moser (Grüne), Dr. Florian Blättler (SP), Markus Haselbach (Die Mitte), Tanja Maag Sturzenegger (AL), Tiba Ponnuthurai (SP)
				4 000 000	0 Minderheit	Përparim Avdili (FDP) Referat, Martin Bürki (FDP), Johann Widmer (SVP)
					Enthaltung	Sven Sobernheim (GLP)
		Begründung:	Keine weitere Zementierung einer Zweiklassengesellschaft; ausserdem tritt in ein paar Monaten der Wohnraumfonds in Kraft - es braucht nicht noch zusätzliche Abschreibungsbeiträge			



Der Rat stimmt dem Antrag der Mehrheit mit 71 gegen 35 Stimmen (bei 15 Enthaltungen) zu.

Antrag 028.

Wortmeldungen siehe Antrag 027.

S. 173	20	FINANZDEPARTEMENT				
	2000	Finanzdepartement Departementssekretariat				
	563113	Abschreibungsbeiträge an Stiftung Alterswohnungen der Stadt Zürich für den Kauf von Liegenschaften				
	5640 00 000	Investitionsbeiträge an öffentliche Unternehmungen				
		Verbesserung	Verschlechterung	Betrag		Stimmen
028.	Antrag Stadtrat			2 000 000 2 000 000 N	Mehrheit	Barbara Wiesmann (SP) Referat, Präsidium Florian Utz (SP), Vizepräsidium Felix Moser (Grüne), Dr. Florian Blättler (SP), Markus Haselbach (Die Mitte), Tanja Maag Sturzenegger (AL), Tiba Ponnuthurai (SP)
		4 000 000		0	Minderheit	Përparim Avdili (FDP) Referat, Martin Bürki (FDP), Johann Widmer (SVP)
					Enthaltung	Sven Sobernheim (GLP)
		Begründung:	Keine weitere Zementierung einer Zweiklassengesellschaft; ausserdem tritt in ein paar Monaten der Wohnraumfonds in Kraft - es braucht nicht noch zusätzliche Abschreibungsbeiträge			

Ausstand: Albert Leiser (FDP)

Der Rat stimmt dem Antrag der Mehrheit mit 71 gegen 35 Stimmen (bei 15 Enthaltungen) zu.



Antrag 029.

Wortmeldungen siehe Antrag 027.

S. 173	20 2000 563114 5640 00 000	FINANZDEPARTEMENT Finanzdepartement Departementssekretariat Abschreibungsbeiträge an Stiftung für bezahlbare und ökologische Wohnungen - Einfach Wohnen für den Kauf von Liegenschaften Investitionsbeiträge an öffentliche Unternehmungen				
			Verbesserung	Verschlechte- rung	Betrag	Stimmen
029.	Antrag Stadtrat				2 000 000 2 000 000 N	Mehrheit Barbara Wiesmann (SP) Referat, Präsidium Florian Utz (SP), Vizepräsidium Felix Moser (Grüne), Dr. Florian Blättler (SP), Markus Haselbach (Die Mitte), Tanja Maag Sturzenegger (AL), Tiba Ponnuthurai (SP)
			4 000 000		0	Minderheit Përparim Avdili (FDP) Referat, Martin Bürki (FDP), Johann Widmer (SVP)
						Enthaltung Sven Sobernheim (GLP)
		Begründung:	Keine weitere Zementierung einer Zweiklassengesellschaft; ausserdem tritt in ein paar Monaten der Wohnraumfonds in Kraft - es braucht nicht noch zusätzliche Abschreibungsbeiträge			

Der Rat stimmt dem Antrag der Mehrheit mit 72 gegen 35 Stimmen (bei 15 Enthaltungen) zu.

Antrag 030.

Kommissionsminderheit/-mehrheit:

Hans Dellenbach (FDP): Die Stellenprozente und Lohnsummen steigen im Finanzdepartement wie überall in der Stadt explosionsartig. Bei den Liegenschaften Stadt Zürich (LSZ) sind die Lohnsummen innerhalb von zwei Jahren um 48 Prozent gestiegen, von 9,2 Millionen Franken auf 13,7 Millionen Franken. Ausgegeben werden diese 4,5 Millionen Franken für zusätzliche Spezialistinnen und Spezialisten für Portfoliomanagement, die Bewirtschaftung und Projektleitung im Baurecht, Mitarbeitende in unterstützenden Funktionen wie Recht, Genehmigungsgeschäfte und HR, Projektleitende für anspruchsvolle Arealentwicklungen und weiteres. Ausserdem benötigen all diese Menschen zusätzliche Flächen. Die Liegenschaftspolitik kostet den Steuerzahler also durchaus. Das Geld für diese Politik sollte nicht in der Verwaltung versanden, sondern bei den



Leuten bleiben. Steuern und Abgabensenkungen wären möglich. Unser Antrag führt zu einer Kostensteigerung von lediglich 45 Prozent statt 48 Prozent, das ist verkraftbar.

Barbara Wiesmann (SP): Die Kommissionsmehrheit lehnt die Kürzung ab. Der Stadtrat hat die Erhöhung gut begründet. Aktuell liegen viele grosse Geschäfte vor: die Einführung des Wohnraumfonds, die neue Vorlage zum Jugendwohnkredit und weitere wohnpolitische Vorlagen. Zudem gibt es einen Altersrücktritt und bei der Digitalisierung muss vorwärts gemacht werden. Nicht zuletzt ist LSZ auch für den Kauf von Liegenschaften zuständig, was aufgrund des vermutlich höheren Budgets im nächsten Jahr mehr Arbeit darstellen wird. Der Grossteil des zusätzlichen Personals ist nur befristet angestellt.

S. 180	20 2021 3010 00 000	FINANZDEPARTEMENT Liegenschaften Stadt Zürich Löhne des Verwaltungs- und Betriebspersonals				
			Verbesserung	Verschlechterung	Betrag	Stimmen
030.	Antrag Stadtrat				13 711 300	Mehrheit
						Barbara Wiesmann (SP) Referat, Präsidium Florian Utz (SP), Vizepräsidium Felix Moser (Grüne), Dr. Florian Blättler (SP), Tanja Maag Sturzenegger (AL), Tiba Ponnuthurai (SP), Sven Sobernheim (GLP)
			300 000		13 411 300	Minderheit
						Pärparim Avdili (FDP) Referat, Martin Bürki (FDP), Markus Haselbach (Die Mitte), Johann Widmer (SVP)
			Begründung: Weniger Erhöhung durch Beschränkung auf das Wichtigste			

Der Rat stimmt dem Antrag der Mehrheit mit 78 gegen 44 Stimmen (bei 0 Enthaltungen) zu.

Antrag 031.

Kommissionsminderheit/-mehrheit:

Florian Utz (SP): Wir haben dem Stadtrat Kompetenzen übertragen, damit er Liegenschaften in Eigenregie kaufen kann. Die Kaufabteilung ist dieses Jahr mit einem Budget von 400 Millionen Franken ins Geschäft gestartet. Bisher läuft es gut, auch wenn das Budget noch nicht ausgeschöpft ist. Unser Antrag fokussiert auf die 20 Millionen Franken für Verkäufe aus Liegenschaften. Dieser Betrag ist nicht das Verkaufsvolumen, sondern der Gewinn aus dem Verkaufsvolumen. Bisher waren 3 Millionen Franken budgetiert, gemäss Stadtrat als Platzhalter. Die Gewinndifferenz zwischen 3 Millionen Franken



und 20 Millionen Franken macht uns stutzig. Wir vermuten, dass in der Kaufabteilung Druck gemacht wird, Gewinne zu erzielen. Wir möchten Liegenschaften Stadt Zürich (LSZ) keinen Verkaufsauftrag erteilen, auch keinen Gewinnauftrag. Sollte etwas verkauft werden, kann es als ausserordentlicher Ertrag verzeichnet werden.

Sven Sobernheim (GLP): Die Mehrheit lehnt Symbolpolitik ab. Wie Florian Utz (SP) selbst gesagt hat, haben wir dem Verkauf an die Genossenschaft zugestimmt. Der Stadtrat soll Grundstücke nicht auf eigene Faust verkaufen, Tauschgeschäfte werden aber gemacht. Dabei kann es Gewinne und Verluste geben, dafür braucht es das Konto.

Namens des Stadtrats nimmt der Vorsteher des Finanzdepartements Stellung.

STR Daniel Leupi: Die SP betreibt hier jedes Jahr Symbolpolitik. Es gibt keinen Druck, den Umsatz zu erreichen. Wir würden uns damit im Hinblick auf Tauschgeschäfte schlechter stellen. Es wird eine Zahl eingesetzt, die Ende Jahr aber auch 0 sein darf. Schlussendlich kommt jedes relevante Geschäft ins Parlament zur Abstimmung. Der Stadt zu unterstellen, wir hätten keine Kaufabsicht, ist absurd.

S. 183	20 2021 4411 40 000	FINANZDEPARTEMENT Liegenschaften Stadt Zürich Gewinne aus Verkäufen von Gebäuden FV				
			Verbesserung	Verschlechterung	Betrag	Stimmen
031.	Antrag Stadtrat				-20 000 000	Mehrheit
				20 000 000	0	Minderheit
						Sven Sobernheim (GLP) Referat, Vizepräsidium Felix Moser (Grüne), Përparim Avdili (FDP), Martin Bürki (FDP), Markus Haselbach (Die Mitte), Tanja Maag Sturzenegger (AL), Johann Widmer (SVP)
						Präsidium Florian Utz (SP) Referat, Dr. Florian Blättler (SP), Tiba Ponnuthurai (SP), Barbara Wiesmann (SP)
		Begründung:	Grundstücke sollen grundsätzlich nicht veräussert werden. Dementsprechend sollen keine Liegenschaftenverkäufe budgetiert werden, und schon gar nicht sollen die budgetierten Einnahmen von derzeit 3 auf neu 20 Millionen Franken erhöht werden.			

Der Rat stimmt dem Antrag der Mehrheit mit 85 gegen 37 Stimmen (bei 0 Enthaltungen) zu.



Gemeinsame Behandlung der Anträge 032. und 033.

Kommissionsminderheit/-mehrheit:

Hans Dellenbach (FDP): 500 Millionen Franken für Liegenschaftenkäufe bringen der Bevölkerung nichts. Die städtische Bevölkerung möchte bezahlbare Wohnungen. Mir ist schon klar, dass wir fundamental andere Weltanschauungen haben. Boden zu verstaatlichen, ist in meinen Augen das falsche Werkzeug. Ich bin überzeugt, dass mehr Markt und Wettbewerb in den allermeisten Fällen ein effizienteres und gerechteres Mittel zur Verteilung eines knappen Guts sind. Die linke Weltsicht geht davon aus, dass es gerecht ist, städtische Wohnungen per Los zu vergeben. Das Resultat ist nicht Gerechtigkeit, sondern eine Zweiklassengesellschaft mit denen, die in einer staatlich finanzierten Wohnung sitzen, und den Aussenseitern. Es gibt noch wichtigere Argumente, die gegen den Land- und Liegenschaftenkau sprechen. Wenn man für 500 Millionen Franken Häuser kauft, entsteht keine einzige preisgünstige Wohnung. Es gibt einfach einen Eigentümerwechsel. Die Stadt entzieht die Liegenschaften mit dem Kauf dem freien Markt, der bewiesenermassen viel schneller baut als die Stadt. Das Ziel dieser linken Wohnpolitik ist eine Verlangsamung der Bautätigkeit. Das heizt die Mietpreise weiter an. Die Linke argumentiert, dass man die Wohnungen der Spekulation entziehen möchte. Natürlich erscheinen die Wohnungen in 50 Jahren billiger. Das ist aber nichts anderes als Spekulation. Ich habe nichts gegen Spekulation, bloss gegen das Scheinargument, man bekämpfe hiermit die Spekulation. Wenn die Stadt anstelle einer Pensionskasse eine Liegenschaft kauft, wird die Liegenschaft der Rentenbildung entzogen und liefert nach Ausbleiben des Gewinnstrebens kein Steuersubstrat mehr. So wird das Fundament unseres Wohlstands zerstört. Wir stellen uns entschieden gegen den Sozialismus.

Barbara Wiesmann (SP): Die Kommissionsmehrheit lehnt auch diese Streichung ab. Das Volk hat im Jahr 2020 der neuen Regelung zum Erwerb von Liegenschaften mit mehr als zwei Dritteln zugestimmt. Als logische Folge müssen die entsprechenden Mittel budgetiert werden. Der Kauf von Liegenschaften ist ein wichtiges Instrument, um den Anteil bezahlbarer Wohnungen zu erhöhen, der hauptsächlich aus städtischen und gemeinnützigen Wohnungen besteht. Der Stadtrat geht davon aus, dass die 300 Millionen Franken aus dem Jahr 2023 fast aufgebraucht werden. Es ist folgerichtig, dass der Betrag um 100 Millionen Franken erhöht wird, damit Spielraum vorhanden ist.



24 / 38

S. 185	20 2021 591006 7000 00 000	FINANZDEPARTEMENT Liegenschaften Stadt Zürich Investitionen in Sachanlagen FV Investitionen in Grundstücke				
			Verbesserung	Verschlechterung	Betrag	Stimmen
032.	Antrag Stadtrat				100 233 000	Mehrheit
			100 233 000		0	Minderheit
						Barbara Wiesmann (SP) Referat, Präsidium Florian Utz (SP), Vizepräsidium Felix Moser (Grüne), Dr. Florian Blättler (SP), Markus Haselbach (Die Mitte), Tanja Maag Sturzenegger (AL), Tiba Ponnuthurai (SP), Sven Sobernheim (GLP)
						Pärparim Avdili (FDP) Referat, Martin Bürki (FDP), Johann Widmer (SVP)
			Begründung: Keine Verstaatlichung von Grund und Boden, keine Schuldenwirtschaft auf Kosten der nächsten Generationen			

Der Rat stimmt dem Antrag der Mehrheit mit 86 gegen 35 Stimmen (bei 0 Enthaltungen) zu.

Antrag 033.

Wortmeldungen siehe Antrag 032.

S. 185	20 2021 591006 7040 00 000	FINANZDEPARTEMENT Liegenschaften Stadt Zürich Investitionen in Sachanlagen FV Investitionen in Gebäude				
			Verbesserung	Verschlechterung	Betrag	Stimmen
033.	Antrag Stadtrat				403 968 300	Mehrheit
			403 968 300		0	Minderheit
						Barbara Wiesmann (SP) Referat, Präsidium Florian Utz (SP), Vizepräsidium Felix Moser (Grüne), Dr. Florian Blättler (SP), Markus Haselbach (Die Mitte), Tanja Maag Sturzenegger (AL), Tiba Ponnuthurai (SP), Sven Sobernheim (GLP)
						Pärparim Avdili (FDP) Referat, Martin Bürki (FDP), Johann Widmer (SVP)



Begründung: Keine Verstaatlichung von Grund und Boden, keine Schuldenwirtschaft auf Kosten der nächsten Generationen

Der Rat stimmt dem Antrag der Mehrheit mit 87 gegen 35 Stimmen (bei 0 Enthaltungen) zu.

Antrag 034.

Kommissionsminderheit/-mehrheit:

Martin Bürki (FDP): Die Grundstückgewinnsteuer wird zum Teil mit massiver Verzögerung eingefordert. Hier liegen riesige Beträge versteckt, die der Stadt noch zustehen. Dieser gut gefüllte Reservetopf kann nach Belieben ausgeschüttet werden, um Ende Jahr einen positiven Budgetabschluss vorzeigen zu können. Bei den Fragen wurde immerhin geantwortet, dass sich die Wartezeit bis zur Abrechnung nicht verschlechtert hat. Sie muss sich nun zügig verbessern und der Rückstau abgebaut werden. Es kann nicht sein, dass Liegenschaftsverkäufer jahrelang auf eine Rechnung warten, die sie dann innerhalb von zehn Tagen bezahlen müssen. Das Budget kann locker um 50 Millionen Franken erhöht werden, wenn die Bereitschaft vorhanden ist, den Berg abzubauen.

Barbara Wiesmann (SP): Der Stadtrat budgetiert ungefähr 500 Millionen Franken Grundstückgewinnsteuer. Das sind rund 80 Millionen Franken mehr als letztes Jahr. Aus den Depotleistungen können keine Rückschlüsse auf den Gesamtbetrag der Grundstückgewinnsteuer gezogen werden. Die Mehrheit lehnt den Änderungsantrag ab.

Weitere Wortmeldung:

Sven Sobernheim (GLP): Wir sind der Meinung, dass bestimmte Vorgänge besser gestaltet werden könnten. Dass Geld willkürlich ausgeschüttet wird, um die Rechnung besser oder schlechter zu machen, glauben wir aber nicht.

S. -	20 2040 4022 00 000	FINANZDEPARTEMENT Steueramt Grundstückgewinnsteuern	Verbesserung	Verschlechterung	Betrag	Stimmen
034.	Antrag Stadtrat				-490 000 000 Mehrheit	Barbara Wiesmann (SP) Referat, Präsidium Florian Utz (SP), Vizepräsidium Felix Moser (Grüne), Dr. Florian Blättler (SP), Markus Haselbach (Die Mitte), Tanja Maag Sturzenegger (AL), Tiba Ponnuthurai (SP)



50 000 000	-540 000 000	Minderheit	Pärparim Avdili (FDP) Referat, Martin Bürki (FDP), Sven Sobernheim (GLP), Johann Widmer (SVP)
Begründung: Erhöhung der budgetierten Grundstückgewinnsteuern um 50 Millionen Franken. Es ist aus den pendenten Fällen der Depotleistungen offensichtlich, dass die Grundstückgewinnsteuern um einiges höher ausfallen werden.			

Der Rat stimmt dem Antrag der Mehrheit mit 72 gegen 50 Stimmen (bei 0 Enthaltungen) zu.

Antrag 035.

Kommissionsreferat:

Dr. Florian Blättler (SP): *Es wurden Gelder beantragt, die gar nicht nötig waren. Sie können gemäss einstimmigem Antrag gestrichen werden.*

S. 207	20	FINANZDEPARTEMENT				
	2080	Organisation und Informatik				
	3133 00 000	Informatik-Nutzungsaufwand				
		Verbesserung	Verschlechterung	Betrag		Stimmen
035.	Antrag Stadtrat			24 995 700		
				3 000 000 N		
		1 500 000		26 495 700	Zustimmung	Dr. Florian Blättler (SP) Referat, Präsidium Florian Utz (SP), Vizepräsident Felix Moser (Grüne), Pärparim Avdili (FDP), Martin Bürki (FDP), Markus Haselbach (Die Mitte), Tanja Maag Sturzenegger (AL), Tiba Ponnuthurai (SP), Sven Sobernheim (GLP), Johann Widmer (SVP), Barbara Wiesmann (SP)
		Begründung: Gemäss Antwort des Stadtrats werden von den zusätzlichen 3 Millionen Franken für Microsoft-Lizenzen, die via Novemberbrief beantragt wurden, nur 1,5 Millionen Franken benötigt.				

Der Rat stimmt dem Antrag der RPK stillschweigend zu.



SICHERHEITSDEPARTEMENT

Antrag 036.

Kommissionsmehrheit/-minderheiten:

Florian Utz (SP): *Da in der Budgetdebatte jedes Mal das Thema Polizeistellen aufkommt, haben wir uns vor einigen Jahren einem Kompromiss verpflichtet. Jedes Jahr bewilligen wir 8,5 neue Stellen. Weil die Stadtpolizei bei den Frontstellen immer noch keine Teilzeitarbeit eingeführt hat, bewilligen wir abwechslungsweise 8 oder 9 Stellen. Dieses Jahr sind es 9 Stellen, damit die Stadtpolizei nach Plan weitermachen kann.*

Michael Schmid (AL): *Wir sind nach wie vor nicht davon überzeugt, dass die Stellenerhöhung in den Front-Abteilungen der Stadtpolizei eine sinnvolle Massnahme für die Sicherheit in dieser Stadt ist. Wir beantragen, die Sollstellen auf dem Stand des Jahres 2023 zu belassen. Ich möchte daran erinnern, dass die Führung der Polizei den Ausbau des Korps hauptsächlich damit begründet, dass die Grösse des Polizeikorps mit der Entwicklung der Bevölkerung mitgehen soll. Das Verhältnis von Einwohner*innen und Polizist*innen, die Polizeidichte, soll konstant gehalten werden. Zürich hat aber bereits heute eine höhere Polizeidichte als vergleichbare Städte wie Basel oder Genf. Das bliebe auch so, wenn die Bevölkerung sich bis ins Jahr 2030 nach dem mittleren Szenario des statistischen Amtes entwickelt, die Sollstellen aber gleichbleiben. Im Gegensatz zur Basler und Genfer Polizei muss die Stadtpolizei Zürich keine Grenzschutzaufgaben wahrnehmen und kann einige Aufgaben der Kantonspolizei überlassen. Nicht jede Sicherheitsfrage in dieser Stadt soll verpolitisiert werden. Nicht jeder Konflikt in der Gesellschaft darf zum Sicherheitsproblem verkommen. Mit der Minderung von prekären finanziellen Verhältnissen oder einem hohen Standard in der öffentlichen Schule ist das Geld wesentlich wirksamer investiert. Es gibt bessere Alternativen, als die inflationäre Polizeidichte aufrechtzuerhalten. In Zürich gibt es Ressourcenspielraum: Das zeigt sich am riesigen Aufgebot, das jeden letzten Freitag im Monat eine Kleinstgruppe von Velofahrenden jagt. Ausserdem diskutieren wir über die Sollstellen. In der Realität sind 90 Stellen unbesetzt. Es ist unrealistisch, diese und 17 weitere Stellen im Jahr 2024 zu besetzen.*

Johann Widmer (SVP): *Wir sind der Meinung, dass der Stadtrat einen Plan bezüglich Anzahl Polizeistellen hat und den Stellenbedarf am besten kennt. Wenn es diese Stellen braucht, sollen sie geschaffen werden. Selbstverständlich hängt das auch von der Anzahl Ausbildungsplätze ab. Diese sollen nicht begrenzt werden.*

Weitere Wortmeldungen:

Felix Moser (Grüne): *Wir Grünen sind uns uneinig und darum in der Enthaltung. Der Stellenausbau wird unter anderem damit begründet, dass die Arbeitsbedingungen für*



Polizistinnen und Polizisten verbessert werden sollen. Das finden wir wichtig. Überstunden sollen abgebaut, Einsätze besser geplant und freie Wochenenden bezogen werden können. Der eine Teil der Fraktion findet den Ansatz des Stadtrats und des Antrags der SP richtig. Der andere Teil ist der Meinung, zuerst müssten Einsätze überprüft und der Personaleinsatz neu bedacht werden. Es besteht durchaus Spielraum: Nicht jede Kundgebung muss von der Polizei begleitet werden. Wir haben Stimmfreigabe beschlossen.

Stephan Iten (SVP): *Alle Jahre wieder zwingt Links-Grün der Stadt neue Stellen auf, ausser bei der Polizei. Euer Kompromissvorschlag war ursprünglich ein prüfendes Postulat. Wir haben zugestimmt, damit nicht bei jeder Budgetdebatte dieselbe Diskussion geführt werden muss. Offensichtlich hat das nichts gebracht. Die SVP stellt sich hinter Karin Rykart (Grüne). Zürich wächst und wächst. Die Polizei ist überfordert und überlastet und muss gestärkt werden. Bei der grossen Zuwanderung braucht es neue Stellen.*

Sven Sobernheim (GLP): *Wir stimmen den 8,5 Stellen und somit einem gemässigten Ausbau zu. Wir hoffen aber, dass sie nicht in Regionalwachen verschwendet werden, sondern an der Front zum Einsatz kommen.*

Namens des Stadtrats nimmt die Vorsteherin des Sicherheitsdepartements Stellung.

STR Karin Rykart: *Letzte Woche hat die Stadt Zürich die Resultate der Bevölkerungsbefragung bekanntgegeben. Darin wurde unter anderem das Sicherheitsgefühl abgefragt. Das Resultat ist bemerkenswert: 85 Prozent der Bevölkerung fühlen sich in Zürich sicher, wenn sie in der Nacht alleine zu Fuss unterwegs sind. Diese Sicherheit ist auch der Arbeit und Präsenz der Stadtpolizei (Stapo) zu verdanken. Damit sie ihre Arbeit weiterhin tun kann, müssen wir jetzt in der Politik die Probleme anpacken, mit denen die Stapo seit ein paar Jahren kämpft. Die Stadtbevölkerung wächst und wird durchschnittlich jünger. Das spürt die Stadtpolizei. Zudem ist sie durch die Auswirkungen der 24-Stunden-Gesellschaft zunehmend belastet. Seit Anfang 2023 gingen 180 000 Notrufe ein, so viele wie noch nie. Die Anzahl Einsätze ist um 13 Prozent gestiegen. Zürich ist eine Metropole und hat eine grosse Anziehungskraft für Besucher*innen und Veranstalter*innen. Es gibt viele Grossanlässe: die Street Parade, den Silvesterzauber, das Zürifäscht, nächstes Jahr ein Trachtenfest und viele andere. Regelmässig gibt es Fussballspiele, wo ein Grossaufgebot der Polizei benötigt wird, die Anzahl Kundgebungen und Demonstrationen hat zugenommen. Polizist*innen können wegen der grossen Arbeitslast und den vielen Extradiensten ihre freien Wochenenden nicht mehr beziehen und die Überstunden nicht mehr kompensieren. Eigentlich hat jede Polizistin und jeder Polizist pro Jahr 10 Wochenenden garantiert frei und kann diese verbindlich verplanen. Dieses Versprechen kann seit 2 Jahren nicht eingehalten werden: Heute können Polizist*innen nur noch 5 bis 8 Wochenenden frei bekommen, da sie an freien Wochenenden oft kurzfristig aufgeboden werden. Wir als Stadt haben gegenüber den Mitarbeitenden der Stapo die gleiche Fürsorgepflicht wie bei allen anderen städtischen Angestellten. Darum hat der Stadtrat im Jahr 2021 eine langfristige Aufstockung um 152 Front-Stellen beschlossen und der Stadtpolizei den Auftrag erteilt, das heutige Arbeitszeitmodell zu überprüfen*



*und anzupassen. Das haben wir sorgfältig vorbereitet; das Pilotprojekt «Optima» startet Anfang 2024. Es geht darum, dass Polizistinnen und Polizisten dann arbeiten, wenn es viel Arbeit gibt: Am Wochenende sollen mehr Polizist*innen im Einsatz sein, als am Montag oder am Dienstagmorgen. Die Stapo will weiterhin eine attraktive Arbeitgeberin sein. Weil sie dafür die Arbeitslast der einzelnen Angestellten deutlich senken muss, hat sie Sofortmassnahmen beschlossen. Beispielsweise wurden die Öffnungszeiten der Regionalwachen verkürzt: Sie sind in der Nacht und am Sonntag nicht mehr offen. Ausserdem werden vermehrt Polizist*innen aus dem rückwärtigen Dienst, also Büro, auch an der Front eingesetzt. Das ist die allgemeine Lage bei der Stadtpolizei Zürich. Die Mehrheit im Gemeinderat beantragt 9 zusätzliche Stellen für die Stapo. Ich schätze das zwar, fordere aber mit Nachdruck die ursprünglich beantragten 17 Stellen. Das folgt aus der langfristigen Planung, damit wir den benötigten Sollbestand wieder erreichen. Aus der Zunahme der Einsätze und des Bevölkerungswachstums abgeleitet, braucht die Stadtpolizei deutlich mehr als die 150 Stellen. Der Stadtrat sagte im Jahr 2021, dass 150 Stellen realistisch sind. Daran halte ich fest. Die 17 Stellen zu schaffen, wäre ein deutliches Signal an die Polizistinnen und Polizisten, sowie an die Bevölkerung.*

S. 220	25	SICHERHEITSDEPARTEMENT				
	2520	Stadtpolizei				
	3010 00 000	Löhne des Verwaltungs- und Betriebspersonals				
			Verbesserung	Verschlechterung	Betrag	Stimmen
036.	Antrag Stadtrat				229 142 300	Minderheit 1
			800 000		228 342 300	Mehrheit
			1 062 500		228 079 800	Minderheit 2
						Enthaltung
		Begründung:	Mehrheit: Wie bereits in den Vorjahren angekündigt, wird der Ausbau von 9 Frontstellen (statt 17) mitgetragen Minderheit 2: Keine zusätzlichen Frontpolizist*innen; Kürzung der 17 beantragten Stellen			

Abstimmung gemäss Art. 209 GeschO GR (gleichgeordnete Anträge):

Antrag Stadtrat / Minderheit 1	(229 142 300)	42 Stimmen
Antrag Mehrheit	(228 342 300)	62 Stimmen



30 / 38

Antrag Minderheit 2	(228 079 800)	<u>16 Stimmen</u>
Total		120 Stimmen
= absolutes Mehr		61 Stimmen

Damit ist dem Antrag der Mehrheit zugestimmt.

Antrag 037.

Kommissionsminderheit/-mehrheit:

Moritz Bögli (AL): Die Medienstelle der Stadtpolizei hat dieses Jahr mehrmals versucht, uns exzessive Polizeigewalt als «notwendig» zu verkaufen. Nach dem feministischen Streik am 14. Juni 2023 verteidigte sie auf Twitter jedes Verhalten der Polizei ohne vorherige Abklärung. Es ist unbestritten, dass die Stadtpolizei in gewissen Fällen die Bevölkerung informieren muss. Es ist aber nicht die Aufgabe ihrer Medienstelle, auf Twitter Diskussionen zu führen und Propaganda zu verbreiten. Unser Antrag zielt darauf ab, nur das zu finanzieren, was zu den Aufgaben der Medienstelle gehört.

Johann Widmer (SVP): Als SVP-Vertreter würde ich das Streichen einer Stelle bei der Sachbearbeitung Mediendienst als ideologisch motiviert verurteilen. Als Vertreter der Kommissionsmehrheit tue ich das nicht. Wir sind der Meinung, dass die Medienstelle einen wichtigen Beitrag zur Information der Bevölkerung bezüglich Aktivitäten der Polizei leistet. Eine Stelle zu kürzen, erscheint der Mehrheit als nicht sinnvoll.

S. 220	25	SICHERHEITSDEPARTEMENT			
	2520	Stadtpolizei			
	3010 00 000	Löhne des Verwaltungs- und Betriebspersonals			
			Verbesserung	Verschlechterung	Betrag
					Stimmen
037.	Antrag Stadtrat			229 142 300	Mehrheit
					Johann Widmer (SVP) Referat, Präsidium Florian Utz (SP), Vizepräsidium Felix Moser (Grüne), Përparim Avdili (FDP), Dr. Florian Blättler (SP), Martin Bürki (FDP), Markus Haselbach (Die Mitte), Tiba Ponnuthurai (SP), Sven Sobernheim (GLP), Barbara Wiesmann (SP)



100 000

229 042 300 Minderheit

Tanja Maag Sturzenegger
(AL) Referat

Begründung: Kürzung einer Stelle Sachbearbeitung Mediendienst der Stadtpolizei

Der Rat stimmt dem Antrag der Mehrheit mit 104 gegen 13 Stimmen (bei 0 Enthaltungen) zu.

Antrag 038.

Kommissionsmehrheit/-minderheit:

Tiba Ponnuthurai (SP): Die SP und die Mehrheit beantragen zwei zusätzliche Ermittler*innenstellen bei der Stadtpolizei zur Bekämpfung von Menschenhandel im Sexgewerbe. Sexarbeit wird auch in der Stadt Zürich rege und legal geleistet. Gleichzeitig werden Sexarbeiter*innen immer noch stark stigmatisiert. Es stimmt nicht, dass Sexarbeiter*innen grundsätzlich zu ihrer Arbeit gezwungen werden. Sexarbeit ist legal und gehört zu den ältesten Arbeiten der Welt. Wenn Menschen gezwungen werden, ihre Körper anderen Menschen zur Verfügung zu stellen, hat das mit legaler Sexarbeit, wo gegenseitiges Einverständnis gegeben ist, nichts zu tun. Wir bewegen uns im Bereich Menschenhandel, wenn Menschen ihre Autonomie und Wahlfreiheit entzogen und sie gezwungen werden, ihre Körper zu verkaufen. Mit der Schaffung von zwei zusätzlichen Ermittler*innenstellen wollen wir dazu beitragen, dass die Fälle konsequenter verfolgt werden können, Betroffene Schutz finden und die Täter*innen zur Rechenschaft gezogen werden. Im Moment kann die Stadtpolizei nicht alle gemeldeten Fälle weiterverfolgen. Die Fälle nehmen an Komplexität zu, dauern länger und sind umfangreicher als früher. Aktuell muss eine Triagierung vorgenommen werden. Mit zwei zusätzlichen Stellen könnte ein drittes Team zur Bekämpfung von Menschenhandel gebildet werden.

Johann Widmer (SVP): Menschenhandel muss genauso aufgeklärt und verfolgt werden, wie jede andere Art von Gewalt. Es ist aber etwas sonderbar, dass dieser Rat alle anderen Anträge zu mehr Polizeipräsenz ablehnt. Diese hätten einen Unterschied gemacht. Der Stadtrat hat die zwei Stellen gegen Menschenhandel nicht gesondert budgetiert, sondern greift auf existierende Fachstellen zurück. Ich hätte lieber die 17 Stellen.

S. 220	25 2520 3010 00 000	SICHERHEITSDEPARTEMENT Stadtpolizei Löhne des Verwaltungs- und Betriebspersonals			
			Verbesserung	Verschlechterung	Betrag
038.	Antrag Stadtrat				229 142 300 Minderheit
					Johann Widmer (SVP) Referat, Markus Haselbach (Die Mitte)



200 000 229 342 300 Mehrheit

Tiba Ponnuthurai (SP)
Referat, Präsidium Florian
Utz (SP), Vizepräsidium
Felix Moser (Grüne),
Pärparim Avdili (FDP), Dr.
Florian Blättler (SP), Martin
Bürki (FDP), Tanja Maag
Sturzenegger (AL), Sven
Sobernheim (GLP),
Barbara Wiesmann (SP)

Begründung: Schaffung von 2 zusätzlichen Stellen (Ermittler*innen) zur Bekämpfung
des Menschenhandels

Abstimmung gemäss Art. 62 Abs. 1 lit. a Gemeindeordnung (Ausgabenbremse) für den
Antrag der Mehrheit:

Der Rat stimmt dem Antrag der Mehrheit mit 99 gegen 21 Stimmen (bei 0 Enthaltungen)
zu. Somit ist das Quorum von 63 Stimmen für die Ausgabenbremse erreicht.

Antrag 039.

Kommissionsminderheit/-mehrheit:

Martin Busekros (Grüne): *Wir beantragen die Streichung von 30 000 Franken für das Auffüllen der Bestände von Tränengas. Wieviel Tränengas effektiv eingesetzt wurde, wird gar nicht erwähnt. Wir erachten den Einsatz von Tränengas als unverhältnismässig, da es kaum gezielt eingesetzt werden kann. So kann nicht ausgeschlossen werden, dass auch Unbeteiligte, besonders gefährdete Personen, die sich gerade in der Umgebung aufhalten, getroffen werden. Ein gezielter Einsatz von Tränengas ist ebenfalls problematisch und kann tödlich enden. Ausserdem sind die gesundheitlichen Folgen viel zu schlecht erforscht, um es in der Bevölkerung anzuwenden. Unzählige Ärztinnen und Ärzte warnen vor den unbekanntem Folgen und Risiken. Umliegende Länder wie Deutschland schaffen es, den geregelten Ablauf von Demonstrationen ohne den Einsatz von Tränengas sicherzustellen. Ich bin sicher, in Zürich wäre das gleichfalls möglich.*

Johann Widmer (SVP): *Bei aller Sympathie für das Anliegen der Kommissionsminderheit: Tränengas ist ein wirksames Mittel, um eskalierenden Kundgebungen Einhalt zu gebieten. Der Stadtrat definiert darum, wieviel Tränengas es für den Notfall braucht.*

Weitere Wortmeldungen:

Florian Utz (SP): *Die SP hat wegen Stimmgleichstand in der Fraktion Stimmfreigabe beschlossen. Wir anerkennen die Problematik: Tränengas ist schwer gezielt einzusetzen und kann bei Personen mit sensiblen Augen zu Verletzungen führen. Die Hälfte der*



Fraktion heisst den Antrag aufgrund dieser Bedenken gut. Die andere Hälfte, inklusive mir, zieht Tränengas Gummischrot oder einem Nahkampf vor, die mangels Alternativen eingesetzt würden. Beides verursachte mehr Verletzungen und Personalaufwand.

Michael Schmid (AL): *Wir unterstützen den Antrag. Insbesondere bei Personen mit Atemwegsbeschwerden, wie Asthma oder Bronchitis, oder Nieren- und Leberschäden kann Tränengas zu ernsthaften Komplikationen führen. Solche Personen können auch von Tränengas getroffen werden, wenn sie nicht am Einsatz der Polizei beteiligt sind und sich zufällig in der Nähe aufhalten. Im Krieg ist der Einsatz von Tränengas seit der von der Schweiz ratifizierten Chemiewaffenkonvention des Jahres 1979 verboten. Warum im Kampf gegen die eigene Bevölkerung andere Standards gelten, ist mir nicht klar.*

Andreas Egli (FDP): *Florian Utz (SP) hat Recht, wenn er sagt, dass die Polizei zu anderen Mitteln greifen muss, wenn sie kein Tränengas zur Verfügung hat. Die deutsche Polizei geht zum Beispiel in Massen mit Schlagstöcken auf die Menschen los. Der Stadtpolizei werden momentan das Personal und die Mittel gestrichen, die es braucht, um mit Links- und Rechtsradikalen umzugehen. Wir lehnen den Antrag ab.*

Derek Richter (SVP): *Es wird jeweils vom Einsatzleiter bestimmt, ob Tränengas eingesetzt werden soll. Dieser Entscheid wird nicht leichtfertig getroffen. Die Einsatzleiter haben viel Erfahrung und können das Gewaltpotenzial von Demonstranten oder Hooligans vor Ort gut einschätzen. Tränengas ist nicht tödlich, daran ist nie jemand gestorben.*

Stephan Iten (SVP): *Ich verstehe nicht, wieso die AL es gut findet, wenn die Polizei mit Steinen und Pyros angegriffen wird. Wieso darf sich die Polizei nicht mit Tränengas wehren, wenn so mit ihr umgegangen wird? Das Tränengas würde keine Unbeteiligten treffen, wenn die feigen Demonstranten sich nicht hinter Kinderwägen auf Spielplätzen verstecken und diese als Schutzschild missbrauchen würden.*

S. 221	25 2520 3101 00 000	SICHERHEITSDÉPARTEMENT Stadtpolizei Betriebs-, Verbrauchsmaterial	Verbesserung	Verschlechterung	Betrag	Stimmen
039.	Antrag Stadtrat				2 944 500 Mehrheit	Johann Widmer (SVP) Referat, Präsidium Florian Utz (SP), Pärparim Avdili (FDP), Dr. Florian Blättler (SP), Martin Bürki (FDP), Markus Haselbach (Die Mitte), Sven Sobernheim (GLP)



30 000

2 914 500 Minderheit

Vizepräsidium Felix Moser
(Grüne) Referat, Tanja
Maag Sturzenegger (AL),
Tiba Ponnuthurai (SP),
Barbara Wiesmann (SP)

Begründung: Verzicht auf die Beschaffung von Tränengas

Der Rat stimmt dem Antrag der Mehrheit mit 73 gegen 43 Stimmen (bei 2 Enthaltungen) zu.

Gemeinsame Behandlung der Anträge 040. und 041.

Kommissionsmehrheit/-minderheit:

Moritz Bögli (AL): Vor ungefähr einem Jahr haben wir ein SVP-Postulat behandelt, das Taser für alle Polizist*innen forderte. Das hat der Rat mit 72 zu 40 Stimmen, also deutlich über das links-grüne Lager hinaus, abgelehnt. Dass der Stadtrat versucht, diesen Entscheid mit einem Budget-Trick zu hintergehen, finde ich billig. Ich erwarte eigentlich, dass der Stadtrat sich an den Entscheid des Gemeinderats hält. Die Ausgangslage hat sich seit einem Jahr nicht verändert. In den letzten 12 Jahren wurden von der Stadtpolizei Zürich 6 Schüsse abgegeben. 2 Schüsse seien Warnschüsse gewesen. Dass man die wenigen Einsätze von Schusswaffen der Polizei mit Tasern verhindern oder ersetzen kann, bezweifle ich stark. Es ist wahrscheinlicher, dass diese als milderes Einsatzmittel öfter zum Zug kommen. Taser sind gefährlich und potenziell tödlich. Laut Amnesty International starben seit dem Jahr 2001 über 800 Leute an Taser-Schüssen. Zudem ist zu befürchten, dass Taser eine tiefere Hemmschwelle haben als deeskalierende Massnahmen, wodurch diese in den Hintergrund treten könnten. Durch eine flächendeckende Einführung von Tasern, wie es der Stadtrat will, wird die Sicherheit und Gesundheit der Bevölkerung in Gefahr gebracht. Um das damalige Votum der GLP zu zitieren: «Taser sind keine harmlosen Waffen.» Wir lehnen den Einsatz von Tasern trotzdem nicht komplett ab: Sie kommen bei der Interventionseinheit zum Einsatz. Nur dort gehören sie hin.

Johann Widmer (SVP): Waffen sind im Ernstfall sinnvoll, auch um die Polizei zu schützen. Die Kommissionsminderheit möchte die Kapazität der Polizei erhalten, effektiv auf gefährliche Situationen reagieren zu können.

Moritz Bögli (AL): Der Antrag gehört, anders als angeschrieben, zum Konto 501415 «Anschaffungen Apparate, Maschinen, Geräte, Fahrzeuge und Werkzeug».



Weitere Wortmeldungen:

Severin Meier (SP): Das erwähnte Postulat der SVP forderte, dass alle Polizist*innen mit Tasern ausgerüstet werden. Den Budgetantrag des Stadtrats finden wir durchaus legitim, da er nicht dasselbe fordert. Taser sind gefährlich, können aber den Einsatz von Schusswaffen verringern. Nichtsdestotrotz vertreten wir die Linie der Mehrheit und sind gegen die zusätzliche Anschaffung von Tasern. Bei Bedarf kann in heiklen Situationen die Interventionseinheit herbeigezogen werden. Der Status Quo ist sinnvoll. Dies ist kein Missbrauchsvotum gegenüber den einzelnen Polizist*innen.

Derek Richter (SVP): Unsere Interventionseinheit ist seit über 20 Jahren im Besitz von Tasern. Entsprechend gibt es ausführliche Statistiken über ihre Verwendung. Uns ist kein einziger Tasereinsatz mit Spätfolgen oder Todesfall bekannt. Die Geräte wirken de-eskalierend. Sie sind ein Mittel zwischen dem Nahkampf mit Mehrzweckstock und der Schusswaffe. Unsere Polizei wünscht sich zusätzliche stationäre Taser für Polizeiautos. Sie erleichtern Einsätze und schützen unsere Polizistinnen und Polizisten.

Claudio Zihlmann (FDP): In der Kommissionssitzung wurden uns Beispiele gezeigt, wieso es Taser braucht. Unter anderem bewirken sie, dass weniger Schusswaffen gezogen werden. Letztes Jahr musste die Stadtpolizei ausrücken, als sich eine Person mit einem Fleischermesser selbst verletzte. Beim Einsatz musste von der Schusswaffe Gebrauch gemacht werden, um die Person zu schützen. Ein Taser wäre sinnvoll gewesen.

Carla Reinhard (GLP): Der Taser ist eine Waffe, die enorme Risiken mit sich bringt und vorsichtig und nur im Notfall benutzt werden muss. Dieser Antrag unterscheidet sich vom SVP-Postulat darin, dass bloss die Ausrüstung von Polizeiautos mit Tasern gefordert wird. Wir sehen die Notwendigkeit insbesondere, weil die Zahl der Schneid- und Stichwaffen, die in der Stadt sichergestellt werden, um 900 Prozent zugenommen hat. Zahlen zeigen auch, dass der Taser vor allem de-eskalierend eingesetzt wird. Das Geräusch wirkt zum Beispiel bereits abschreckend. Die Einsätze können zudem gut rückverfolgt werden. Wir schliessen uns dem Stadtrat an und lehnen die Anträge ab.

Andreas Egli (FDP): Aus dem Bataclan-Ereignis hat die Stadtpolizei Lehren gezogen: Für den Fall eines Terroranschlags führt sie in ihren Fahrzeugen schwere Waffen und Munition mit. Mit diesem Antrag will die linke Ratsseite der Polizei viel mildere Einsatzmittel untersagen. Das könnte zu Einsätzen führen, wo schwere Waffen benutzt werden, obwohl Taser besser geeignet sind. Dieser Antrag ist fahrlässig. Viele der zitierten Studien sind von Aktivisten getrieben und nicht seriös, wie die von Amnesty International.

Thomas Hofstetter (FDP): Als Polizist trage ich einen Taser und wurde auch schon getasert. Moritz Bögli (AL) liegt falsch, wenn er sagt, dass Taser ohne zu überlegen verwendet werden. Wenn jemand mit einem Messer auf einen Polizisten losgeht, hat dieser die Wahl zwischen Schusswaffe und Taser, sofern ein Taser vorhanden ist.



Moritz Bögli (AL): *In Grossbritannien werden bei Bedrohungen mit einem Messer weder Schusswaffen noch Taser eingesetzt. Das scheint gut zu funktionieren. Muss in Zürich erst jemand sterben, bis die Gefahr von Tasern erkannt wird? Menschen mit Vorerkrankungen können sterben, wenn sie getasert werden. Ein realer Einsatz ist nicht dasselbe wie ein geschütztes Polizeitraining, wo nur gesunde Polizist*innen getasert werden. Die Interventionseinheit verfügt über Taser. Bei allen Einsätzen, bei denen Taser hilfreich sein könnten, kommen sie durch die Interventionseinheit vor Ort zum Einsatz.*

Stephan Iten (SVP): *Die Stadtpolizei hat klar begründet, wieso sie die Taser braucht. Ich verstehe nicht, wie man dieses Anliegen nach einem Hilferuf der Stadtpolizei nicht unterstützen kann. Sogar STR Karin Rykart hat es eingesehen. Ist es euch lieber, wenn geschossen wird? In der Stadt Zürich ist noch nie ein schlimmes Unglück mit einem Taser passiert. Ausserdem werden sie nur von gut ausgebildeten Polizisten benutzt, die damit den Einsatz von schlimmeren Waffen verhindern. Wir stehen hinter der Polizei.*

Christian Traber (Die Mitte): *Die Die Mitte/EVP-Fraktion ist sich der Risiken beim Einsatz von Tasern bewusst, geht aber davon aus, dass der Einsatz verhältnismässig und sinnvoll ist. Man kann nicht immer auf die Interventionseinheit warten. Um Schusswaffeneinsätze zu verringern und die Polizei zu schützen, lehnen wir die Kürzungsanträge ab.*

Luca Maggi (Grüne): *In den letzten 12 Jahre gab es 6 Schusswaffeneinsätze in der Stadt Zürich, 2 davon waren Warnschüsse. Dass Taser die restlichen 4 Schüsse hätten verhindern können, ist eine steile Behauptung. Thomas Hofstetter (FDP) hat den Einsatz eines Tasers selbst erfahren. Es macht aber einen Unterschied, ob eine gesunde, trainierte Person in einem kontrollierten Umfeld oder eine Person, die vielleicht Drogen konsumiert hat, unerwartet getasert wird. Die Mehrheit der Grünen stimmt der Kürzung zu.*

Andreas Egli (FDP) hält eine persönliche Erklärung zum Votum von Luca Maggi (Grüne) und zum unterlassenen Ordnungsruf der Ratspräsidentin.

Namens des Stadtrats nimmt die Vorsteherin des Sicherheitsdepartements Stellung.

STR Karin Rykart: *Taser respektive Destabilisierungsgeräte sind umstritten, weil sie in manchen Situationen gefährlich sein können, aber gleichzeitig sind sie weniger gefährlich als Schusswaffen. Ich habe entschieden, dass jeder Streifenwagen der Stadtpolizei zukünftig mit einem Taser ausgestattet sein soll. Der Entscheid fiel mir nicht leicht. Seit dem Jahr 2004 sind bei der Stadtpolizei 24 Taser bei der Interventionseinheit im Einsatz. Seither wurden Taser erst bei 58 Einsätzen benutzt. Die Stadtpolizei hat bei jedem Einsatz das Prinzip der Verhältnismässigkeit zu beachten und das Mittel zu wählen, das die betroffene Person am wenigsten beeinträchtigt. Sie ist entsprechend zurückhaltend. Die Gewaltbereitschaft in der Gesellschaft ist gestiegen. Es werden häufiger Stichwaffen eingesetzt. Das Risiko, die Schusswaffe einsetzen zu müssen, ist ebenso gestiegen. Ein Taser ist das letzte Mittel, das bei grosser Bedrohung vor der Schusswaffe eingesetzt*



werden kann. Wir müssen unseren Angestellten, den Polizeibeamten, Sorge tragen. Der Einsatz einer Schusswaffe ist auch für sie psychisch enorm belastend. Der Taser schafft Abhilfe und wirkt zudem präventiv: Kommt er zum Einsatz, wird er meist gar nicht ausgelöst. Ich verstehe die Sorgen um Taser-Missbrauch. Die Mitarbeitenden der Stadtpolizei sind verantwortungsvoll und gehen sorgfältig mit dem Taser um. Ausserdem zeichnet der Taser alles auf, was passiert. Missstände können vollständig verfolgt werden.

S. 221	25 2520 3101 00 000	SICHERHEITSDEPARTEMENT Stadtpolizei Betriebs-, Verbrauchsmaterial				
			Verbesserung	Verschlechterung	Betrag	Stimmen
040.	Antrag Stadtrat				2 944 500	Minderheit
						Johann Widmer (SVP) Referat, Pärparim Avdili (FDP), Martin Bürki (FDP), Markus Haselbach (Die Mitte), Sven Sobernheim (GLP)
			260 000		2 684 500	Mehrheit
						Tanja Maag Sturzenegger (AL) Referat, Präsidium Florian Utz (SP), Vizepräsidium Felix Moser (Grüne), Dr. Florian Blättler (SP), Tiba Ponnuthurai (SP), Barbara Wiesmann (SP)
			Begründung: Keine Munition und Zubehör für neue Destabilisierungsgeräte			

Der Rat stimmt dem Antrag der Mehrheit mit 61 gegen 60 Stimmen (bei 0 Enthaltungen) ZU.

Antrag 041.

Wortmeldungen siehe Antrag 040.

S. 224	25 2520 501415 5060 00 000	SICHERHEITSDEPARTEMENT Stadtpolizei Anschaffung Apparate, Maschinen, Geräte, Fahrzeuge, Werkzeuge Mobilien				
			Verbesserung	Verschlechterung	Betrag	Stimmen
041.	Antrag Stadtrat				9 541 200	Minderheit
						Johann Widmer (SVP) Referat, Pärparim Avdili (FDP), Martin Bürki (FDP), Markus Haselbach (Die Mitte), Sven Sobernheim (GLP)



38 / 38

100 000

9 441 200 Mehrheit

Tanja Maag Sturzenegger
(AL) Referat, Präsidium
Florian Utz (SP), Vizepräsi-
dium Felix Moser (Grüne),
Dr. Florian Blättler (SP),
Tiba Ponnuthurai (SP),
Barbara Wiesmann (SP)

Begründung: Keine Ausrüstung von Streifenwagen der Sicherheitsabteilung (SIA) und der Einsatzabteilung (EA) mit Tasern

Moritz Bögli (AL) stellt den Antrag der Mehrheit neu auf Konto Nr. 501415, Anschaffung Apparate, Maschinen, Geräte, Fahrzeuge, Werkzeuge.

Der Rat stimmt dem Antrag der Mehrheit mit 61 gegen 58 Stimmen (bei 0 Enthaltungen) zu.

Die Sitzung wird beendet (Fortsetzung der Beratung siehe Sitzung Nr. 75, Beschluss-Nr. 2626/2023).

Im Namen des Gemeinderats

Präsidium

Sekretariat